



Rheinland-Pfalz

DIE LANDESREGIERUNG

EuropaPlan 2022/23



zusammen
sind wir

EUROPA







Liebe Bürger und Bürgerinnen, liebe Europa-Interessierte,

der EuropaPlan Rheinland-Pfalz 2022/23 erscheint in einer Phase, die für uns alle von einer Zeitenwende geprägt ist. Der russische Angriffskrieg hat dazu geführt, dass auch die kurz- und mittelfristigen Prioritäten der EU neu justiert wurden. Wie schon in der Corona-Pandemie standen und stehen die Mitgliedstaaten dabei solidarisch eng zusammen, um die Ukraine zu unterstützen, Geflüchtete aufzunehmen oder die energiepolitischen Folgen des Krieges abzumildern.

Zukunftsthemen, wie die Bekämpfung des Klimawandels, der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die umfassende Digitalisierung aller Lebensbereiche, bleiben dabei weiterhin im europäischen Fokus und auch im Zentrum der europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung. Die Europäische Union ist für uns nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern vor allem auch eine Wertegemeinschaft. Europa soll auch in Zukunft ein Garant für Demokratie, Solidarität, Sicherheit, Rechtstaatlichkeit und Frieden sein.

Als Bundesland mit Grenzen zu Frankreich, Luxemburg und Belgien leben und erleben wir jeden Tag Europa im Kleinen. Nicht erst seit der Pandemie wissen wir: Herausforderungen sind global. Krisen können wir nur gemeinsam erfolgreich bewältigen. Wir haben uns deshalb in den vergangenen Jahren noch enger mit unseren Partnern in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vernetzt. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine wirft dringende Fragen der Energieversorgung und der Bezahlbarkeit von Energie für die Menschen, die Wirtschaft und die Industrie in unserem Land auf, die wir ebenfalls nur gemeinsam in Europa beantworten können.

Der EuropaPlan 2022/23 stellt die politischen Prioritäten von Rheinland-Pfalz im Lichte der europäischen Vorhaben für diese beiden Jahre vor.

Malu Dreyer

Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz



European Green Deal in der Zeitenwende

Mit dem European Green Deal verfolgt Europa das Ziel, bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns von fossilen Brennstoffen verabschieden und auf den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien setzen.

Energiewende und Klimaziele

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz will den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Reduzierung der fossilen Brennstoffe. Das macht uns auch unabhängiger und resilienter in Krisenzeiten. Die Energiewende werden wir gemeinsam mit Wirtschaft, Industrie sowie den Bürgerinnen und Bürgern gestalten. Der Stromverbrauch soll in unserem Land bis zum Jahr 2030 vollständig aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Umstellung der Versorgung auf klimafreundliche Umweltwärme werden wir vorantreiben sowie die Gebäudesanierungsrate weiter steigern. Klimaneutralität wollen wir bereits im Zeitraum 2035 bis 2040 erreichen.

In der aktuellen Situation steht die Sicherstellung der Energieversorgung und die Bezahlbarkeit von Gas und Strom im Vordergrund. Wir begrüßen es, dass die Europäische Kommission bereits kurz nach der russischen Invasion in der Ukraine den REPowerEU-Plan mit einem Volumen von 300 Milliarden Euro vorgelegt hat.

Hier sind Maßnahmen zur Diversifizierung der Energielieferungen enthalten. Eine umfassende Reform des Binnenmarkts für Strom ist geplant. Des Weiteren setzt die Europäische Kommission auf Energieeinsparungen, Energieeffizienz sowie den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien.

Für die Zukunft der Energieversorgung von Rheinland-Pfalz hat auch die Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff hohe Bedeutung. Wir haben erfolgreich so genannte IPCEI-Projekte (Important Project of Common European Interest) zur Diversifizierung der Energieproduktion sowie der Energienutzung platzieren können. Dabei handelt es sich um transnationale, wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse, die mittels staatlicher Förderung einen wichtigen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leisten. Für unser Bundesland geht es hierbei um den Erhalt und die Sicherung unserer industriellen Wertschöpfungskerne. Das IPCEI-Projekt mit Automotive Cells Company (ACC) in Kaiserslautern zielt auf den Aufbau einer Batteriezellfertigung. Bei einem zweiten Projekt, das im Oktober 2022 von der Europäischen Kommission abschließend genehmigt wurde, wird bei der BASF in Ludwigshafen die Produktion von grünem Wasserstoff durch den Bau und die Installation

eines großen Elektrolyseurs ermöglicht. Hinzu kommt die Begleitung des Aufbaus einer Produktion von Brennstoffzellen-LKW am Standort der Daimler Truck AG in Wörth am Rhein.

Des Weiteren will die Europäische Kommission zur Förderung des Ausbaus der Wasserstoffwirtschaft die Gründung einer europäischen Bank für Wasserstoff vorschlagen, für die ein Budget von drei Milliarden Euro vorgesehen ist. Mit diesem Budget sollen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wasserstoffwirtschaft finanziert werden. Die Bank soll helfen, als Marktmittler den Kauf von Wasserstoff zu sichern und den Aufbau von Lieferketten zu fördern, insbesondere durch die Verwendung von Mitteln aus dem Innovationsfonds. Da in Rheinland-Pfalz zukünftig ein großer Anteil des benötigten grünen Wasserstoffs importiert werden muss, ist dies auch für unser Land eine wichtige Entscheidung. Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen ist der Energieträger der Zukunft, nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Dekarbonisierung des Mobilitätssektors.

Kreislaufwirtschaft

Im März 2022 hat die Europäische Kommission mehrere Vorschläge veröffentlicht, mit denen nahezu alle Produkte auf dem EU-Markt während ihres gesamten Lebenszyklus haltbarer gemacht, besser repariert, wiederverwendet oder recycelt werden können. Digitale Produktinformationen sollen mittels eines so genannten digitalen Produktpasses unter anderem dafür sorgen, dass die Umweltauswirkungen aber auch die Nachhaltigkeit des Produktes klar erkennbar sind. Die Europäische Kommission will nachhaltige Produkte zur Norm machen, kreislaforientierte Geschäftsmodelle fördern und Verbraucherinnen und Verbraucher beim grünen Wandel stärken. Der bestehende Ökodesign-Rahmen wird von Mindestkriterien für die Energieeffizienz auf Nachhaltigkeitsaspekte vor allem zum Vorantreiben der Kreislaufwirtschaft erweitert. Zudem nimmt der Verordnungsvorschlag der Europäische Kommission fast alle Non-food Produkte in den Anwendungsbereich mit auf und ist nicht wie bislang nur auf energieverbrauchsrelevante Produkte begrenzt.



Das Klimaschutzministerium setzt sich mit verschiedenen eigenen Projekten vor allem auch für die Stärkung der Abfallvermeidung und die Vorbereitung zur Wiederverwendung ein. Beispielhaft sei hier die seit 2019 gestartete „Müll nicht rum“-Kampagne genannt, unter deren Name viele verschiedene Aktionen und Projekte laufen. Ziel der Kampagne ist die Bewusstseinsbildung und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger. Die Kampagne befasst sich unter anderem mit Textilien und deren Wiederverwendung (Stärkung von Secondhand-Läden), aber auch mit diversen Initiativen zur Vermeidung von Verpackungsabfällen im Food-Bereich. Der neueste Ausbausschritt der Kampagne ist das Thema „Reparatur/Recht auf Reparatur“. Hierzu wurde gemeinsam mit dem Verbraucherschutzministerium ein Runder Tisch auf Fachebene einberufen, um weitere Maßnahmen zur Stärkung des Themas Reparatur von Elektronik- und Elektroaltgeräte sowie Textilien im eigenen Land auf den Weg zu bringen.

Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft wird im eigenen Land sowie in den Partnerländern und -regionen über die gesamte Wertschöpfungskette weiter vorangetrieben. Beispielhaft sei hier das Vorantreiben der Wertschöpfungskette Traktionsbatterien im Automobilssektor durch Initiierung von Fachtagungen genannt.





Naturschutz

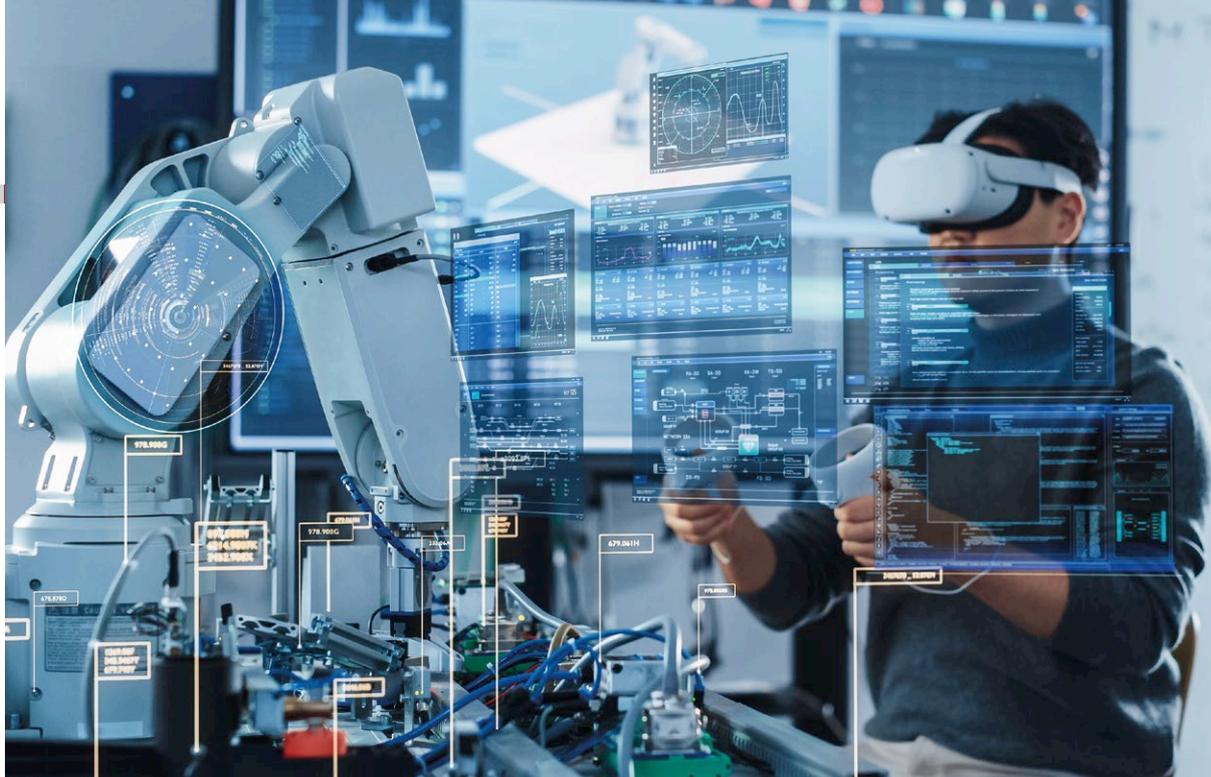
Die Natur ist unsere Lebensversicherung, natürliche Bestäubung, sauberes Wasser und saubere Luft sowie funktionierende Ökosysteme wie Wälder oder Moore binden CO₂ aus der Luft und tragen wesentlich zum Kampf gegen den Klimawandel bei. Umgekehrt ist auch der Klimawandel ein entscheidender Faktor für das Artensterben. Die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 sieht unter anderem vor, mindestens 30 Prozent der Landfläche zu schützen und bedeutende Gebiete mit geschädigten Ökosystemen bis 2030 wiederherzustellen. Hierzu wird die Landesregierung unter anderem mit dem Erhalt, der Wiederherstellung und der Verbesserung unserer europäischen Schutzgebiete im Netz Natura 2000 einen Beitrag leisten. Der Verordnungsentwurf zur Wiederherstellung der Natur, der aktuell auf EU-Ebene diskutiert wird, wird zusätzlich dazu beitragen, dass sich die Aufmerksamkeit für unsere Naturschätze vor Ort weiter ausweiten wird. Aktuell setzt sich die Landesregierung gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bundesumweltministerium dafür ein, dass der Verordnungsentwurf mit den bestehenden Naturschutzrichtlinien auf EU-Ebene in Einklang gebracht wird.

Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2023-2027 der Europäischen Union stellt neue Weichen für eine ressourcenschonende und nachhaltige Land-, Forst- und Weinwirtschaft sowie resiliente ländliche Räume. Die Aufgabe des Sektors, qualitativ hochwertige Lebensmittel in ausreichender Menge zu produzieren, erlangt auch durch die „Farm to Fork“-Strategie („Vom Hof auf den Tisch“) und die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 eine neue Dimension. Für die Landesregierung verbessern beide Strategien die Anstrengungen des Klima-, Natur- und Artenschutzes. Sie unterstützen die rheinland-pfälzischen Ziele einer nachhaltigen und klimaschonenden Bewirtschaftungsweise sowie die Stärkung der Vermarktung von regional erzeugten Lebensmitteln.

Die hervorragende Mittelausstattung in der EU-Förderperiode 2023-2027 ermöglicht es, in Rheinland-Pfalz bewährte Maßnahmen wie zum Beispiel das Agrarinvestitionsförderprogramm, die Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen (AUKM) einschließlich der Förderung des Vertragsnaturschutzes und des ökologischen Landbaus sowie ehrenamtlicher Bürgerprojekte in LEADER fortzusetzen.

In der Tierhaltung steht das Wohl der Tiere ebenso im Blickpunkt wie eine möglichst klimaschonende regionale Verarbeitung und Vermarktung. Die standortgerechte Tierhaltung sichert auch ökologisch wertvolle Grünlandflächen. *Weitere Informationen zu den europäischen Fördermitteln in der Agrarwirtschaft in der neuen Förderperiode sind im Annex ersichtlich.*



Transformation gestalten

Die Art, wie wir leben und arbeiten, befindet sich im grundlegenden Wandel. Die zunehmende Digitalisierung, unser Weg hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise und der demografische Wandel bedingen weitreichende gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die uns neue Chancen bieten.

Arbeit und Soziales

Die Arbeitswelt der Zukunft mit veränderten Wertschöpfungs- und Lieferketten, technologischen Innovationen, neuen Qualifikationsanforderungen und Berufsbildern bietet vielfältige Möglichkeiten für Erwerbstätige und Unternehmen. Wir in Rheinland-Pfalz gestalten diese Transformation aktiv mit, um gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Auch mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds Plus stellen wir sicher, dass alle Menschen in unserem Land mit ihren beruflichen Kompetenzen auf dem neuesten Stand bleiben und am Arbeitsmarkt der Zukunft erfolgreich teilhaben können. Das von der Europäischen Kommission ausgerufenen Europäischen Jahr der Kompetenzen 2023 flankiert unsere Maßnahmen und unterstreicht die herausragende Bedeutung der Aus- und Weiterbildung in Zeiten der Transformation.

Industrie und Wirtschaft

Mit einer Exportquote von 56 Prozent nicht nur in der Industrie, sondern auch im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Rheinland-Pfalz die Basis für Wohlstand und Beschäftigung. Rheinland-pfälzische Unternehmen stehen vor der Herausforderung, verstärkt in neue Produktionsprozesse sowie in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben investieren zu müssen. Dies birgt das Potenzial, sich mit klima- und umweltgerechten Produkten und Technologien einen Vorsprung auf dem Weltmarkt zu sichern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, Fördermittel einfacher abrufen zu können und Bürokratie abzubauen. Einer der zentralen Bausteine auf europäischer Ebene zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft ist der EFRE – der Europäische Fonds für regionale Entwicklung. Dafür stehen in Rheinland-Pfalz rund 249,2 Millionen Euro zur Verfügung. Von der Förderung profitieren Unternehmen, Existenzgründende, Start-ups, Forschungseinrichtungen, Organisationen und Kommunen.

Digitalisierung, moderne Justiz und Verbraucherschutz

Die Digitalisierung ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Transformation der Arbeitswelten, der Verwaltungen und unseres Lebensalltags sind gewaltig. Die Europäische Kommission verfolgt den Weg Europas in die digitale Dekade weiter: Der digitale Wandel in der EU soll bis 2030 vollzogen sein. In Rheinland-Pfalz schreiben wir die Digitalstrategie „Rheinland-Pfalz digital – Wir vernetzen Land und Leute“ fort. Zentral sind der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunkinfrastruktur, der Datenschutz sowie der Einsatz und die Förderung digitaler Innovationen in nahezu allen Lebensbereichen. Die Digitalisierung sowie technische Innovationen müssen eine Bereicherung für das Leben der Menschen darstellen und Hand in Hand gehen mit sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt. Umfassende Regelwerke wie der Digital Services Act und der Digital Markets Act sorgen für mehr Rechtssicherheit und Verbraucherschutz.

Es gilt, das bereits bestehende hohe Niveau des Verbraucherschutzes in Europa im Spannungsfeld einer auf die Förderung eines nachhaltigeren Konsums gerichteten Entwicklung fortzuführen.

Wettbewerbsfähige digitale Märkte

Wir sehen die Bedeutung eines fairen Wettbewerbs in der digitalen Welt als essentiell an, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, die ihre Produkte und Dienstleistungen auf Plattformen anbieten und vertreiben. Rheinland-Pfalz unterstützt daher die Vorschläge der Europäischen Kommission, gemeinschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Binnenmarkt auch für die digitale Wirtschaft besser zu erschließen und faire Wettbewerbsbedingungen in Europa zu gewährleisten.

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich die ambitionierten Ziele auf EU-Ebene, die der weiteren Stärkung des Verbraucherschutzes dienen. Dazu zählen Maßnahmen, die sicher-



stellen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf digitalen Marktplätzen den Schutz eines fairen und einheitlichen Rechtsrahmens erhalten. So sollten Verträge ebenso unproblematisch elektronisch widerrufen werden können, wie sie geschlossen wurden (europäischer Widerrufsbutton).

Weiter gilt es, den grenzüberschreitenden Zugang zu Online-Inhaltsdiensten und digitalen Waren- und Dienstleistungsangeboten sicherzustellen. Dazu gehört das von der EU jüngst verlängerte Verbot zusätzlicher Roaming-Gebühren bei einem vorübergehenden Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat. Es gilt zu verhindern, dass die Erleichterungen des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs durch den Online-Handel aufgrund marktabschottender Maßnahmen von Unternehmen konterkariert werden.

Bildung in einer Kultur der Digitalität

Die COVID-19-Pandemie hat die Bedeutung der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Gestaltung des digitalen Wandels noch einmal besonders verdeutlicht. Die Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie haben der Digitalisierung an Schulen und Hochschulen einen weiteren Schub gegeben. Mit Blick auf die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums bis 2025 und vor dem Hintergrund der Strategie für die digitale Zukunft Europas plant die Europäische Kommission auch 2023 Initiativen im Bereich der Digitalen Bildung: Diese zielen auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen bzw. wollen die Schlüsselfaktoren für ein effektives und inklusives digitales Bildungssystem in den Blick nehmen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung fördert die digitale Teilhabe im Bildungsbereich durch Medienkompetenzangebote, die Vermittlung digitaler Kompetenzen und die Verankerung digitaler Bildung entlang der Bildungskette.



Forschung, Innovationen und Gesundheit stärken

Für Rheinland-Pfalz stehen bei der europäischen Forschungs- und Entwicklungspolitik neben den in der Innovationsstrategie des Landes identifizierten Potenzialbereichen und der Künstlichen Intelligenz insbesondere auch die Weiterentwicklung des Biotechnologiestandortes sowie die damit zusammenhängende Gesundheitspolitik im Fokus.

Rheinland-Pfalz als weltweit herausragender Biotechnologiestandort

Die Biotechnologie leistet zentrale Beiträge zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart – für die Gesundheit einer älter werdenden Gesellschaft, für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft sowie für Ressourceneffizienz und den Umweltschutz.

Rheinland-Pfalz ist mit BioNTech als Apotheke der Welt sichtbar geworden. Das ist vor allem das Verdienst außergewöhnlicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und fußt zugleich auf einer auf Langfristigkeit angelegten Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz. Ausgezeichnete Forschung braucht ein vitales Umfeld, in dem der Transfer in die Wirtschaft gelingen kann.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Rheinland-Pfalz in diesem Jahrzehnt zu einem europaweit führenden Standort in der Biotechnologie und Altersforschung zu entwickeln. Erstens will die Landesregierung die Potentiale der Forschung durch Vernetzung noch besser nutzen, zweitens wissenschaftsgetriebene Ausgründungen weiter fördern und erleichtern, drittens die Standortbedingungen für die Ansiedlung von Biotechnologieunternehmen verbessern und viertens die Fachkräfteausbildung gemeinsam mit den rheinland-pfälzischen Hochschulen in enger Verbindung mit der Industrie weiterentwickeln.

Das von den Vereinten Nationen ausgerufene „Jahrzehnt des gesunden Alterns“ erinnert daran, bei der Ausarbeitung von Aktivitäten in Einklang mit dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission sowohl die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen als auch die mit dem Altern einhergehenden Chancen zu berücksichtigen. Die Landesregierung bekennt sich klar zur Stärkung der Altersforschung für ein gesundes Leben einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung und verfügt mit Mainz über einen Spitzenstandort in diesem Forschungsfeld.



Künstliche Intelligenz – Forschung und Entwicklung

Künstliche Intelligenz (KI) gehört zu den Spitzen- und Schlüsseltechnologien, die die Europäische Kommission mit Investitionen in Forschung und Entwicklung in Europa stärken und ausbauen möchte.

Die rasanten Fortschritte auf dem Gebiet haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen und wissenschaftliche Angebote entstehen lassen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit der technologischen Entwicklung bzw. mit wirtschaftlichen Fragen zum Einsatz von KI beschäftigen. Gleichzeitig steigt in vielen Unternehmen der Druck bzw. die Notwendigkeit zur Einführung von KI-Anwendungen/-Systemen bzw. Methoden der KI. Künstliche Intelligenz wird zukünftig in immer mehr Anwendungsfeldern zum Einsatz kommen und bietet die Möglichkeit, assistierende Intelligenzleistungen im System zu integrieren und somit Abläufe nachhaltig zu optimieren. Digitale Zwillinge werden spezifische Produktinformationen und -modelle vernetzen und unter anderem neue Erkenntnisse über die Nachhaltigkeit von Produkten liefern. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat im Rahmen der Weiterentwicklung des Technologie- und Innovationsstandortes Rheinland-Pfalz eine „Studie zur Künstlichen Intelligenz in Rheinland-Pfalz“ initiiert. Im Fokus der Studie stehen die Herausforderungen und Chancen die Technologien der Künstlichen Intelligenz kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Land bieten. In dem zur Studie veröffentlichten Webmagazin finden sich über die Studienergebnisse hinaus auch eine Übersicht der KI-Akteure (Forschung, Unternehmen, Intermediäre/Netzwerke) sowie eine Reihe an Best Practices im Land. Im Bereich Forschung und Wissenschaft

stärkt die konsequente Umsetzung der KI-Agenda den Standort Rheinland-Pfalz mit seinen herausragenden Einrichtungen in diesem Feld weiter.

Innovationspolitik als vielseitiger Fortschrittsfaktor

Die rheinland-pfälzische Innovations- und Technologiepolitik ist eine umfassende Querschnittspolitik, die viele wirtschaftliche Sektoren und im gleichen Maße auch Arbeits- und Lebensbereiche der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger betrifft. Sechs Potenzialbereiche (Energie, Umwelttechnik, Ressourceneffizienz; Werkstoffe, Material- und Oberflächentechnik; Mikrosystemtechnik, Sensorik, Automation; Lebenswissenschaften und Gesundheitswirtschaft; Automobil- und Nutzfahrzeugindustrie; Informations- und Kommunikationstechnik, Softwaresysteme, Künstliche Intelligenz) sind auf die systematische und konsequente Erhöhung der Innovationskraft der Unternehmen sowie auf die weitere Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgerichtet.

Die Regionale Innovationsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz (RIS) stellt als langfristige Dachstrategie für den Einsatz und die Weiterentwicklung von Instrumenten der Innovations- und Technologiepolitik eine grundlegende Voraussetzung für die Nutzung europäischer Fördermittel (EFRE) dar. Im Zuge der im Jahr 2021 fortgeschriebenen RIS wurde der 6. Potenzialbereich „Informations- und Kommunikationstechnik, Softwaresysteme“ um die Künstliche Intelligenz ergänzt. Hier weist Rheinland-Pfalz besondere Stärken und Kompetenzen in Wissenschaft und Wirtschaft sowie im Bereich des Transfers und der technologieorientierten Netzwerke und Cluster auf.

Ziel ist es, für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und den Innovationstreibern in der Wissenschaft im Land geeignete Strukturen und Programme zur Unterstützung anzubieten bzw. die bestehenden Strukturen zielgerichtet weiterzuentwickeln. *Detaillierte Informationen zu den EFRE-Fördermitteln in Rheinland-Pfalz sind im Annex ersichtlich.*

Zukunftsweisende Gesundheitspolitik

Europäische Innovationspolitik ist – über die Themen Biotechnologie und KI hinaus – auch eng mit wichtigen gesundheitspolitischen Schwerpunkten und mit der Nutzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse verknüpft - z.B. bei den Themen Krebs, Gesundheitsdaten, Krisenvorsorge und Arzneimittelversorgung.

Im Rahmen von „Europas Plan gegen den Krebs“ intensiviert die Europäische Kommission die gemeinsame Krebsbekämpfung. Wie die EU strebt auch Rheinland-Pfalz eine gesundheitsbezogene Chancengleichheit an – d.h. einen Zugang für alle zu einer hochwertigen Versorgung. Das Ziel des rheinland-pfälzischen Krebsregisters besteht ergänzend in einer sektorenübergreifenden Qualitätssicherung, die eine wichtige Grundlage sowohl für die onkologische Versorgung als auch für Wissenschaft und Forschung darstellt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem rheinland-pfälzischen Krebsregister begrüßt die

Landesregierung die Pläne für einen europäischen Gesundheitsdatenraum, der den sicheren Austausch und die datenschutzkonforme Nutzung medizinischer Daten sowohl für die Versorgung selbst als auch für Gesundheitsforschung und Gesundheitspolitik ermöglichen soll.

Mit einer neuen Initiative zur Psychischen Gesundheit wird die Europäische Kommission in 2023 ein weiteres auch für die Landesregierung zentrales Thema im Bereich Gesundheit und Forschung aufgreifen. Auch dieses Thema ist während der Pandemie besonders in den Mittelpunkt gerückt, stellt aber bereits seit vielen Jahren einen Schwerpunkt der Landespolitik dar. So fördert das Land Rheinland-Pfalz beispielsweise seit vielen Jahren die Forschung zum Thema Resilienz und psychische Gesundheit und unterstützt kontinuierlich Initiativen zur psychischen Gesundheit auf verschiedenen Ebenen und für unterschiedliche Zielgruppen.

Die Gesundheitspolitik verfolgt auch weiterhin das Ziel einer effizienten und hochwertigen gesundheitlichen Versorgung der Menschen im Land. Mit dem Ansatz von Versorgungsmodellen über Landesgrenzen hinweg lassen sich Kapazitäten bündeln und finanzielle Probleme und Fachkräftemangel abfedern. Gleichzeitig wird die Gesundheitsversorgung flexibel aufgestellt und für unvorhersehbare Lagen krisenfest gemacht.



Gut aufgestellt bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die EU und die Mitgliedstaaten besser auf grenzüberschreitende gesundheitliche Krisen vorbereitet sein müssen. Die Landesregierung begrüßt daher grundsätzlich die Initiativen der Europäischen Kommission im Rahmen der Europäischen Gesundheitsunion. Dabei muss die Eigenständigkeit der mitgliedstaatlichen Gesundheitssysteme bewahrt werden. Während konkrete Maßnahmen wie etwa die operative Pandemiebekämpfung weiterhin Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben, kann die EU aber insbesondere bei der Entwicklung und Sicherstellung industrieller Produkte (wie etwa Schutzausrüstung, technische Geräte oder Impfstoffe und Arzneimittel) einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Arzneimittelversorgung ist ein wichtiges Feld europäischer Gesundheits-, Forschungs- und Industriepolitik. Rheinland-Pfalz ist ein starker Wissenschafts-, Entwicklungs- und Produktionsstandort im Pharma-Bereich und die Landesregierung pflegt seit Jahren im „Pharmadialog“

eine enge Zusammenarbeit mit der Branche. Für uns heißt das, am Patentschutz und geistigem Eigentum festzuhalten, um die Wertschöpfung der pharmazeutischen Industrie in Europa abzusichern und das Fundament der Spitzenforschung im Pharmabereich zu festigen.

Die Europäische Kommission arbeitet derzeit im Rahmen der EU-Arzneimittelstrategie an einer Revision der europäischen Arzneimittelgesetzgebung. Diese muss so gestaltet werden, dass z.B. bei Antibiotika-Resistenzen, Krebsmedikamenten und „seltene Erkrankungen“, ein maßgeschneidertes Anreizsystem zur Förderung von Innovationen existiert, damit es für die Industrie attraktiv bleibt, die benötigten Produkte zu entwickeln und anzubieten. Die Landesregierung teilt insbesondere das Ziel der Europäischen Kommission, die Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln sowie Arzneimittel-Grund- und Wirkstoffen in der EU zu stärken und Europa unabhängiger vom Weltmarkt zu machen.





Europäische Werte und Zusammenhalt bewahren

Die Europäische Kommission verfolgt Initiativen, um den Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der EU auszubauen sowie weitere Schritte zur Garantie der Pressefreiheit und des Pluralismus der Medien zu unternehmen. Der Ausbau des Schutzes der Rechtsstaatlichkeit setzt einen wirksamen Rechtsschutz voraus, der nur von einer unabhängigen, modernen und angemessen ausgestatteten Justiz gewährleistet werden kann.

Wir in Rheinland-Pfalz begrüßen, dass das Rechtsstaatsprinzip durch die Einführung des Konditionalitätsmechanismus auf europäischer Ebene gestärkt wurde. Der neue Mechanismus schützt den EU Haushalt, da die Europäische Kommission die Aussetzung von Zahlungen oder die Aussetzung der Genehmigung von unionsfinanzierten Programmen vorschlagen kann, wenn durch Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip die finanziellen Interessen der EU bedroht sind. Dadurch erhält die Europäische Kommission nunmehr die Möglichkeit, finanzielle Leistungen an Mitgliedstaaten, die die gemeinsamen Werte missachten, zu beschränken und hierdurch die europäische Wertegemeinschaft effektiv zu verteidigen.

Demokratieentwicklung als universelles Ziel
Rheinland-Pfalz fördert demokratische Werte in Europa und unterstützt eine pluralistische und demokratische Zivilgesellschaft. Die Qualität der Demokratie im europäischen Haus hängt dabei ganz entscheidend von denen ab, die in ihm leben und es gestalten. Bildung spielt daher eine entscheidende Rolle bei der Förderung der europäischen Werte und beugt Nationalismus und Extremismus vor, ist Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und trägt zur Identifikation mit Europa bei.

Die Landesregierung möchte Kinder und Jugendliche von Beginn an für die europäische Idee begeistern und ihnen durch Begegnungen ermöglichen, Vielfalt zu erleben sowie Toleranz, Respekt und Offenheit zu erfahren. So werden beispielsweise Europa- und Demokratiebildung in den Lehrplänen weiter ausgebaut, der Sozialkundeunterricht ausgeweitet sowie europäische als auch internationale Begegnungen gestärkt. Unter dem Motto der rheinland-pfälzischen Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) 2020 „Europa (er-)leben und gestalten“ wurden die KMK-Empfehlungen „Europabildung in der



Schule" und „Berufliche Bildung als Chance für Europa" erarbeitet, an denen sich die Landesregierung orientiert.

Das Austauschprogramm Erasmus+ fördert Begegnungen und demokratische Teilhabe sowie gemeinsame Werte und das kulturelle Erbe Europas. Das neue Erasmus+-Programm ab 2021 mit einer Laufzeit von sieben Jahren ist offener, flexibler und inklusiver angelegt und es stehen mit einem Gesamtbudget von mehr als 28 Mrd. Euro nahezu doppelt so viele Mittel zur Verfügung wie im Vorgängerprogramm. Die Schulverwaltung in Rheinland-Pfalz (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) hat sich als Bildungsinstitution erfolgreich für das neue Programm akkreditiert. Sie leitet und betreut in der neuen Programmgeneration 2021-2027 als sog. „Konsortialführer" ein Mobilitätskonsortium von ca. 600 allgemeinbildenden und 100 berufsbildenden Schulen. Die Akkreditierung schafft einen Rahmen für die Einbettung von Mobilitätsaktivitäten in die Organisationsentwicklung rheinland-pfälzischer Bildungsbehörden und Schulen und ist Teil der europäischen Bildungsentwicklung. Gefördert werden somit Inklusion, Digitalisierung, Fremdsprachen, Nachhaltigkeit und Partizipation in Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz unterstützt im Sinne des zentralen Ansatzes des neuen Erasmus+-Programmes damit auch gezielt Erasmus+-Neulinge", d.h. weniger repräsentierte Schularten, Schulen im ländlichen Bereich und „mobilitätsferne" Schülergruppen.

Für die Landesregierung geht Demokratiebildung auch immer mit Erinnerungskultur einher. Daher hat die schulische Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz auch mit Blick auf Europa einen hohen Stellenwert, der sich in zahlreichen europäischen Projekten und Begegnungen widerspiegelt.

Freie Medien als Grundfeste demokratischer Gesellschaften

Freie Medien sind Teil der kulturellen Vielfalt Europas, spiegeln die Diversität der Mitgliedstaaten wider und sind unabdingbar für die Demokratien in Europa. Deshalb ist es notwendig, dass ein kohärenter und konsistenter Rechtsrahmen für die Medien unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rolle und Wahrung der Kompetenzverteilung in Europa geschaffen wird. Außerdem müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für die Existenz von freien und pluralen Medien in allen Mitgliedstaaten eingefordert und gewährleistet werden.

Im europäischen Kontext und insbesondere mit Blick auf die Regulierung des digitalen Marktes müssen nicht nur binnenmarkt- und wettbewerbsrechtliche Grundsätze, sondern auch medienregulatorische Besonderheiten beachtet werden. Aus Sicht der Landesregierung ist es unabdingbar, dass die Sicherung der Medienvielfalt weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedstaaten und in Deutschland bei den Ländern verbleiben muss. Außerdem muss der Grundsatz der Unabhängigkeit hinsichtlich der Existenz und des Handelns der Medien selbst, als auch mit Blick auf ihre Aufsicht gewahrt werden.



Mit dem „Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit“ (European Media Freedom Act) müssen die europäischen Gesetzgeber der komplexen Aufgabe gerecht werden, gemeinsame Regeln und Werte einzufordern, freie und plurale Medien in ganz Europa zu sichern und gleichzeitig die kulturelle Vielfalt als Stärke Europas anzuerkennen, zu pflegen und zu fördern. Die Rundfunkkommission der Länder unter dem Vorsitz von Rheinland-Pfalz setzt sich intensiv mit dem Vorschlag auseinander und die Länder bringen sich im Rahmen ihrer Rolle als national zuständige Mediengesetzgeber aktiv in den europäischen Gesetzgebungsprozess ein.

Offenheit & Vielfalt als Basis für Pluralismus und tolerante Gesellschaften in Europa

Die Europäische Kommission hat angekündigt, Lücken beim Rechtsschutz gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft schließen zu wollen. Die Landesregierung steht ein für eine Politik der Vielfalt und verzichtet auf eine Hierarchisierung der Diskriminierungsgründe. Sie setzt auf den so genannten horizontalen Ansatz, der die Gleichwertigkeit aller Menschen beschreibt und Diskriminierung bekämpft – unabhängig von den Gründen. Das bezieht auch persönliche Eigenschaften ein, die nicht im Grundgesetz genannt sind oder vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz erfasst werden. Soziale Herkunft, Wohnungsstatus und sozioökonomischer Status sind Teil der Vielfalt und müssen als Grund für Benachteiligung Berücksichtigung finden.

Die Landesregierung wird außerdem ein Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt schaffen, um den Diskriminierungsschutz im Landesrecht zu verankern.

Mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ setzen wir uns für die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTIQ* ein. Die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist dabei ein wichtiger Gradmesser für gelebte Demokratie auf staatlicher und europäischer Ebene. Mit dem „Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ hat die Landesregierung ein mehrjähriges Programm aufgesetzt, das sich seit 2020 durch eine Vielzahl an Maßnahmen und Projektförderungen gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und Diskriminierungen und für eine Kultur der Gleichwertigkeit einsetzt.

Bedeutung der Kultur für ein in Vielfalt geeintes Europa

Die Kultur spielt eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt in Europa. Ob bildende Kunst, Musik oder Denkmäler – das kulturelle Erbe unseres Kontinents und seine kreative Kulturszene sind einzigartig. Gleichzeitig vereint die Teilhabe an dieser vielfältigen Kulturlandschaft die Bürgerinnen und Bürger der EU: Ein gemeinsames grenzüberschreitendes Leben und Erleben der Kultur trägt zur Schaffung einer europäischen Identität bei. Rheinland-Pfalz liegt in der Mitte Europas und leistet einen besonderen Beitrag dazu. Die beschlossenen Erhöhungen der Mittel für EU-Förderprogramme, die Kulturschaffende unter anderem in Anspruch nehmen können, ebnen den Weg dahin. So wurden die Programme „Kreatives Europa“, „Horizont Europa“ oder „Erasmus+“ mit der neuen Förderperiode finanziell aufgestockt.



Soziales Europa

Die aktuellen Krisen rücken die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts in Europa und des besonderen Schutzes vulnerabler Gruppen einmal mehr in den Mittelpunkt. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs in einer sich rasant ändernden Wirtschafts- und Arbeitswelt ist ein zentraler Schlüssel, um für die Zukunft in Rheinland-Pfalz Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren zu können.

Die Mittel der europäischen Fonds wie des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) sind eine wichtige Unterstützung. Der ESF+ fördert europaweit konkrete Maßnahmen in den Politikbereichen Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte, Bildung sowie soziale Inklusion und trägt zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte bei. Die Fördermittel des ESF+ sind ausgerichtet auf die Schaffung eines sozialen Europas. Mit ihnen werden europaweit Projekte finanziert, um die soziale Eingliederung benachteiligter Personen zu stärken, Armut zu bekämpfen und in die Ausbildung junger Menschen zu investieren. Zudem werden aus Mitteln des Programms REACT-EU Projekte zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine gefördert.

Für das ESF+-Programm des Landes Rheinland-Pfalz stehen in der Förderperiode 2021-2027 insgesamt 120,5 Mio. Euro zur Verfügung. Inhaltlich wird die Förderung aus dem ESF+ auf folgende drei Ziele konzentriert: Im ESF+-Schwerpunkt „Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner beruflicher Bildung“ steht für die Landesregierung

die Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf im Vordergrund. Gefördert werden zum Beispiel Projekte im Bereich der beruflichen Orientierung und Berufswahlentscheidung von jungen Menschen mit einem besonderen Fokus auf den bestehenden Fachkräftemangel im Bereich von MINT-Berufen und die wachsende Bedeutung von Digitalkompetenzen. Darüber hinaus werden regionale Koordinierungsstellen für die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf gefördert sowie Projekte zur Aktivierung von Jugendlichen mit multiplen Problemlagen durch gezielte, ganzheitliche Motivationsarbeit.

Dem ESF+-Ziel „Förderung des lebenslangen Lernens“ kommt gerade im Hinblick auf die Transformation der Arbeitswelt eine besondere Bedeutung zu. Hier setzt der ESF+ an und fördert z.B. berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen sowie Projekte zur Unterstützung von Erwerbstätigen in Transformationsprozessen. Schwerpunkte sind darüber hinaus die Förderung des Ausbaus berufsbegleitender Studiengänge, der Alphabetisierung und Grundbildung sowie von Beratungsstellen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In ausgewählten Berufen mit Fachkräftemangel außerhalb des Berufsbildungsgesetzes werden zudem Projekte im Bereich der „assistierten Ausbildung“ ausgebaut.

Die Förderung der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der Chancengleichheit und aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit bleibt auch in der europäischen

Förderperiode 2021-2027 ein Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik. Die jeweiligen Projekte zielen darauf ab, erwerbsfähige Langzeitleistungsbeziehende durch ganzheitliche Qualifizierung und niedrigschwelliges Coaching zu fördern.

Der ESF+ ergänzt die nationale Regelförderung dort, wo diese mangels gesetzlicher Grundlage oder aus anderen Gründen Bedarfe nicht bedienen kann, Zielgruppen nicht erreicht oder keine Flächendeckung ihrer Angebote sicherstellen. Insgesamt werden in der Förderperiode 2021-2027 in Rheinland-Pfalz mehr als 80.000 Menschen vom ESF+ profitieren und ihre beruflichen Perspektiven verbessern können. *Weitere Informationen sind im Annex erhältlich.*

Migration – Sicherheit, Chancen und Möglichkeiten

Rheinland-Pfalz steht für einen Raum des Schutzes und der Solidarität. Die Landesregierung tritt ein für faire und wirksame Verfahren und hohe Schutzstandards, die EU-weit eine gleichwertige Behandlung der Personen hinsichtlich der Aufnahmebedingungen und gleiche Behandlung hinsichtlich des Verfahrens und der Bestimmung des Status garantieren.

Die Landesregierung setzt sich für ein Europäisches Asylsystem (GEAS) ein. Dabei sollten insbesondere Regelungen über ein einheitliches Asylverfahren und gleichwertige Aufnahmebedingungen gewährleistet werden –

auch um Sekundärmigration innerhalb der EU zu verhindern, die eine faire Lastenverteilung gefährdet. Wir präferieren ein System, das auf einer gerechten Verteilung der Asylsuchenden auf alle EU-Mitgliedstaaten basiert und verbindlich für alle Mitgliedstaaten ist. Dabei sind vor allem auch die Belange unbegleiteter Minderjähriger und anderer vulnerabler Gruppen zu berücksichtigen.

Mit Blick auf die Lage der Geflüchteten aus der Ukraine hat die EU gezeigt, dass sie eine gemeinsame Haltung in der Flüchtlingspolitik einnehmen kann. Die erstmalige Aktivierung der EU-Massenzustromrichtlinie von 2001 ist in diesem Zusammenhang ein historisches Signal. Rheinland-Pfalz leistet im europäischen und deutschen Rahmen einen immensen Beitrag, um den Geflüchteten zu helfen und ihnen Unterstützung zu bieten. Die Landesregierung hat umfangreiche Schritte eingeleitet, um die Versorgung der Ankommenden sicherzustellen.

Im Bereich der Rückkehr ausreisepflichtiger Drittstaatsangehöriger kommt der Europäischen Kommission eine eigene Rolle bei der Erschließung von Wegen der freiwilligen Rückkehr und der Rückführung insbesondere in Bezug auf Straftäter und Gefährder gegenüber Drittstaaten zu. Die Landesregierung unterstützt hier – auch angesichts der anhaltend herausfordernden Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine im zweiten Kriegswinter – gemeinsame europäische Bemühungen.



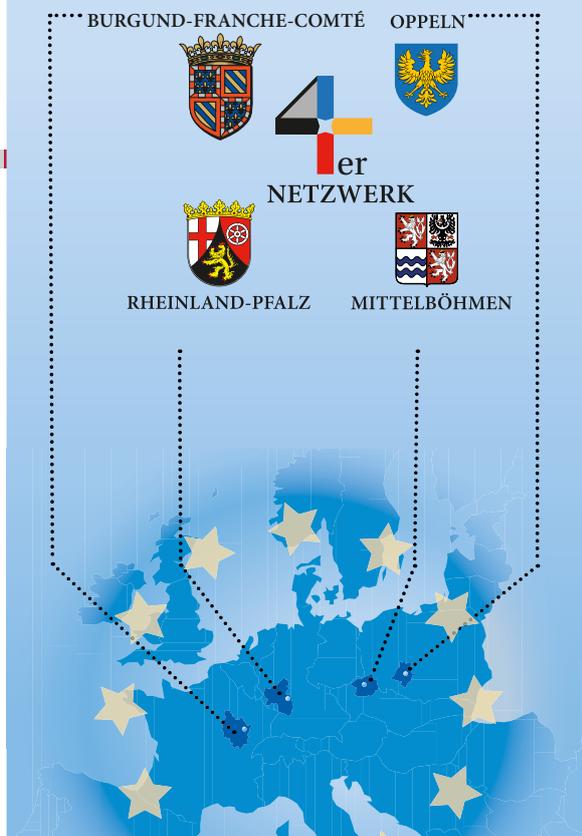


Europa vor Ort

Mit Veranstaltungen, Mitmachaktionen, Informationsfahrten und der Unterstützung von Bildungsangeboten ermutigt die Landesregierung seit vielen Jahren, dass sich Jung und Alt staatsbürgerlich und politisch einbringen. Die Jugendbildungsarbeit ist zentrales Element im Bereich der Europapolitik des Landes. Rheinland-Pfalz zählt mittlerweile über 87 Europaschulen, die sich durch umfassende Austauschprogramme, umfangreiche Fremdsprachenangebote und die regelmäßige Durchführung kreativer Projekte mit europäischer Reichweite auszeichnen. Im Zuge der jährlich stattfindenden Europawoche, der Auslobung des landeseigenen Europapreises und der Unterstützung von Bildungsfahrten an europapolitisch bedeutsame Orte führt das Land auch in Zukunft sein europäisches und interregionales Engagement fort. Veranstaltungen, Schulbesuche, Netzwerkaktivitäten mit relevanten Akteurinnen und Akteuren im Land flankieren diese Maßnahmen und sind wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Europäischen Jahr der Jugend 2022 standen neben der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit auch die Meinungen und Ideen junger Menschen im Mittelpunkt. Diese sollen stärker in Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen miteinbezogen werden. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Konferenz zur Zukunft der EU, das Europäische Jugendforum und der EU-Jugenddialog.

Einen großen Stellenwert hat für die Landesregierung die facettenreiche und erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen des 4er-Netzwerks, einer einzigartigen Regionalpartnerschaft mit Burgund-Franche-Comté in Frankreich, Opoln in Polen und Mittelböhmen in der Tschechischen Republik. Das Netzwerk, das durch dezentrale und lokale Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird, bringt eine zusätzliche interregionale Dimension über nationale Grenzen hinweg in die Außenbeziehungen des Landes.



Das 4er-Netzwerk feiert im Jahr 2023 sein 20. Jubiläum und die vergangenen Jahre zeigen, dass die Kooperationsfelder stetig ausgebaut werden.

Insbesondere die Partnerschaft mit Burgund-Franche-Comté, die 2022 ihr 60-jähriges Bestehen gefeiert hat, hat europaweiten Vorbildcharakter, da sie bereits vor Unterzeichnung des deutsch-französischen Elysée-Vertrags geschlossen wurde. Wichtige Säulen sind für die Partnerschaft das Haus Rheinland-Pfalz in Dijon und das Haus Burgund-Franche-Comté in Mainz, die hilfreiche Kontaktstellen zur Vermittlung von Praktika und Austauschmöglichkeiten bieten sowie einen Blick auf die Kultur der Partnerregion ermöglichen.

Durch die Aufnahme der Partnerschaft mit der Woiwodschaft Opolen vor drei Jahrzehnten wurde nach Ende des Kalten Krieges auf interregionaler Ebene das Weimarer Dreieck abgebildet. Auch diese Partnerschaft wurde im Lauf der letzten Jahrzehnte stetig ausgebaut und intensiviert. Analog zu den beiden regionalen Vertretungen in Dijon und Mainz ist die Vertretung der Woiwodschaft Opolen in Mainz ein verlässlicher und engagierter Partner bei der Vermittlung von vielseitigen Kontakten zwischen

Rheinland-Pfalz und Opolen, sowie bei der Durchführung europäischer Projekte im 4er-Netzwerk. Seit nunmehr 20 Jahren wird das 4er-Netzwerk zusätzlich durch die Partnerschaft mit Mittelböhmen bereichert, das sich an allen Aktivitäten des Netzwerks mit großem Engagement beteiligt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als greifbarer Austausch zwischen Nachbarn

In unseren grenzüberschreitenden Kooperationsräumen Oberrhein und Großregion ist Europa längst gelebter Alltag. Die Landesregierung arbeitet kontinuierlich daran, die noch immer bestehenden Hindernisse in den Grenzräumen abzubauen. Darüber hinaus misst das Land dem Erwerb interkultureller Kompetenzen und den Sprachen der Nachbarn als Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung der Grenzräume große Bedeutung bei.

Für Rheinland-Pfalz ist der grenzüberschreitende Austausch von großer Bedeutung. Zentral ist hier der Austausch über etwaige gegenseitige Hilfeleistungen durch die Partner. So wurden im Zuge der ersten Corona-Welle beispielsweise Patientinnen und Patienten aus der Région Grand Est zur Entlastung der dortigen Intensivkapazitäten auch in rheinland-pfälzische Kliniken verlegt.

Bildung in europäischen Grenzregionen ist auch immer Bildung für Europa und trägt zum Ziel der Europäischen Kommission bei, bis 2025 einen europäischen Bildungsraum zu schaffen. Zu bildungspolitischen Schwerpunkten wie Mehrsprachigkeit, Demokratiepädagogik, Nachhaltige Entwicklung, Digitales Lernen und Berufsorientierung in den Grenzregionen werden seitens der Landesregierung grenzüberschreitende Schul- und Austauschprojekte gefördert und gestärkt.



Vorsitz in der Großregion 2023/2024

Ab Januar 2023 wird Rheinland-Pfalz für zwei Jahre den Vorsitz im Gipfel der Großregion übernehmen. Um den zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum auszuschöpfen, will die rheinland-pfälzische Präsidentschaft in Zusammenarbeit mit den bestehenden Strukturen neue Akzente setzen und Zukunftsthemen voranbringen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen werden zwei neue Themen in den Fokus gerückt: die Zusammenarbeit im Bereich Bevölkerungsschutz (Zivil- und Katastrophenschutz) und die nachhaltige Energieversorgung der Region. Mit einem grenzüberschreitenden Energiedialog wollen wir die erneuerbaren Energiequellen wie Wind und Sonne, aber auch Geothermie und Wasserstoff vorantreiben. Das Umwelttechnik-Meta-Cluster GREATER GREEN wird fortgeführt und ausgebaut. Es unterstützt insbesondere Unternehmens- und Wissenschaftskooperationen in den Bereichen Wasser/Abwasser und Kreislaufwirtschaft.

Erstmals hat die Großregion sich dazu bekannt, ein gemeinsames grenzüberschreitendes Raumentwicklungskonzept (REKGR) aufzustellen, welches Eingang in die förmlichen Planungsdokumente der Partner finden wird. Es soll die Grundlage für eine politische Strategie des Gipfels der Großregion bilden. Ergänzt wird dieser Ansatz

durch die Arbeiten an der Umsetzung und weiteren Verstärkung des Entwicklungskonzeptes für das Obere Moseltal (EOM), an dem Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Saarland und dem Großherzogtum Luxemburg arbeitet.

Kooperation am Oberrhein

Die Landesregierung hat ab 2023 turnusgemäß die einjährige deutsche Delegationsleitung in der Oberrheinkonferenz inne. Neben der Weiterführung etablierter Themen und Projekte, wie der Förderung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung und des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts, wird die Präsidentschaft insbesondere folgende Schwerpunkte bearbeiten: Grenzüberschreitende Mobilität mit beispielsweise einem umsteigefreien ÖPNV in die Nachbarregion Grand Est ab Dezember 2024 oder die Fortführung der Wissenschaftsoffensive. Auch die Arbeit des trinationalen Energie- und Klimaschutznetzwerks TRION-climate e.V. wird weiterhin konstruktiv begleitet.

Interreg



Territorialer Zusammenhalt

Die Interreg-Programme mit rheinland-pfälzischer Beteiligung leisten über ihren Partnerschaftsansatz auf Projektebene einen wichtigen Beitrag, die EU bürgernäher zu gestalten. Die Interreg-Programme werden zudem im Rahmen des sogenannten „shared management“-Prinzips gemeinsam von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten (in Deutschland den Bundesländern) verwaltet und bieten damit eine gute Möglichkeit, gezielt auf die spezifischen Bedarfe vor Ort reagieren zu können.

Insbesondere die transnationalen Interreg B-Programme orientieren sich dabei an den Zielen der Territorialen Agenda 2030 der EU, die darauf ausgerichtet ist, eine inklusive und nachhaltige Zukunft „für alle Orte“ zu fördern und so zur Erreichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in Europa und damit zu einem bürgernäheren Europa beizutragen.

Auch das Interreg Europe-Programm trägt mit seinem Ansatz, die regionalentwicklungspolitische Zusammenarbeit von Städten und Regionen europaweit zu fördern, zu einem Zusammenwachsen in Europa bei. Insbesondere die Förderung des europaweiten Austausches zwischen Verwaltungen leistet dabei einen wichtigen Beitrag für ein bürgernäheres Europa.

Angesichts der Bedeutung, die Zivilgesellschaft noch stärker in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzubinden, ist in den Interreg A-Programmen „Großregion“, „Oberrhein“ und „Maas-Rhein“ die Fortsetzung der Finanzierung von Kleinprojekten beschlossen worden. Dies beinhaltet auch people-to-people-Projekte, um die Bürgerbegegnung zu intensivieren.

Mit einer grenzüberschreitenden Lokalen Integrierten Ländlichen Entwicklungsstrategie (LILE) haben die beiden LEADER-Regionen Moselfranken (D) und Miselerland (L) auch für die neue Förderperiode ab 2023 wieder ihre Bereitschaft bekundet, zusammen über Grenzen hinweg „ihre“ Region weiterzuentwickeln.

Informationen zu EU-Programme und EU-Fonds, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landes Rheinland-Pfalz fördern, sind im Annex erhältlich.



Impressum

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
E-Mail: europa@stk.rlp.de
www.europa.rlp.de

V.i.S.d.P. Andrea Böhner, Regierungssprecherin

Bildnachweis

Von Staatskanzlei Rheinland-Pfalz:
Seite 3 © Staatskanzlei RLP/Elisa Biscotti,
Seite 5 © Staatskanzlei RLP/Alexander Louvet,
Seite 6 © Dominik Ketz/Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH,
Seite 8, 18, © Staatskanzlei RLP/Schäfer
Seite 9 © BioNTech SE 2022, alle Rechte vorbehalten

Von Adobe Stock Photos:
Titelseite, Seite 4, 5, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16,
17, 21, 23

Von wikipedia commons :
Seite 21

Von VisKon:
Seite 19, 20 - Herbert Thum

Gestaltung, Layout und Satz:

Herbert Thum, VisKon, Maikammer

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und Wahlwerbern oder Wahlhelfern und Wahlhelferinnen zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einer politischen Gruppe verstanden werden könnte.

Mainz, Januar 2023



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
E-Mail: europa@stk.rlp.de
www.europa.rlp.de

